

N i e d e r s c h r i f t

(StR/008/2013)

über die 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen am Donnerstag, dem 26.09.2013, 16:00 - 21:35 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 17:05 Uhr

- | | | |
|-------|---|--------------------------------|
| 10. | Unterzeichnung der Erklärung anlässlich 50 Jahre Elysée-Vertrag | 13-2/315/2013
Kenntnisnahme |
| 11. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 11.1. | Veranstaltungen Oktober, November und Dezember 2013 | 13-2/317/2013
Kenntnisnahme |
| 11.2. | Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung | 13-2/318/2013
Kenntnisnahme |
| 11.3. | Fachtagung Kommunale Entwicklungszusammenarbeit am 18. Oktober 2013; hier: Anfrage von Frau Stadträtin Dr. Herzberger-Fofana vom 25.7.2013 | 13-4/031/2013
Kenntnisnahme |
| 11.4. | Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013: Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes über Fraktionsgeschäftsführungszuschüsse | 13-2/314/2013
Kenntnisnahme |
| 11.5. | Nördlicher Kiosk Ostseite Neuer Markt (Nürnberger Str. 32) - Erledigung des Protokollvermerkes aus der 9. Sitzung des HFPA | 241/074/2013
Kenntnisnahme |
| | Tischauflage | |
| 12. | Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung | |
| 13. | Übergabe der Ernennungsurkunde an den Stadtheimatspfleger | |
| 14. | XENOS - Programm zur interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK) - Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen: jährlicher Bericht | 13-2/307/2013
Beschluss |

- | | | |
|-------|---|--------------------------------|
| 15. | XENOS: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde | 13-2/306/2013
Beschluss |
| 16. | Bewerbung um Sitz im Koordinierungsgremium der Allianz gegen Rechtsextremismus | V/022/2013
Beschluss |
| 17. | Änderung der Sportförderrichtlinien | 52/213/2013
Beschluss |
| 18. | Präsentation: Ehrenamt in Erlangen | 30-S/009/2013
Kenntnisnahme |
| 19. | Integriertes Mobilitätsmanagement: Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung zur Pendelmobilität
Präsentation der Ergebnisse durch Herrn Prof. Abraham gegen 18:00 Uhr | 613/155/2013
Kenntnisnahme |
| 20. | Einbringung des Haushalts 2014 mit Investitionsprogramm 2013 - 2017 sowie der Vorlage zur Änderung und Ergänzung des Stellenplans 2014 | II/242/2013
Kenntnisnahme |
| 21. | Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.07.2013 Personalkostenbudgetierung und Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates hierzu | II/240/2013/2
Beschluss |
| 22. | Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen (EBE) Wirtschaftsplan 2014 hier: Feststellung gemäß § 13 EBV i. V. m. § 6 Betriebssatzung | EBE-B/063/2013
Beschluss |
| 23. | Bebauungsplan Nr. 298 der Stadt Erlangen - Ebereschenweg West - mit integriertem Grünordnungsplan hier: Satzungsgutachten/Satzungsbeschluss | 611/206/2013
Beschluss |
| 23.1. | Befristete Verwaltungsstelle in der Geschäftsstelle des Ausländer- und Integrationsbeirats;
Dringlichkeitsantrag zur StR-Sitzung am 26. September 2013 | |
| 24. | Anfragen | |

Die Sitzung wird anschließend nichtöffentlich fortgesetzt.

TOP 10

13-2/315/2013

Unterzeichnung der Erklärung anlässlich 50 Jahre Elysée-Vertrag

Sachbericht:

Die Stadt Erlangen (vertreten durch OBM) und die Stadt Rennes, vertreten durch Fachbürgermeisterin Roselyne Lefrançois, unterzeichnen die „Erklärung aus Anlass des 50. Jahrestages des Elysée-Vertrages“ mit dem Ziel, in beiden Städten die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen zu bekräftigen.

Mit der Unterzeichnung der „Erklärung aus Anlass des 50. Jahrestages des Elysée-Vertrages“ erkennt die Stadt Erlangen die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen und der Städtepartnerschaft mit Rennes im Besonderen an und setzt sich für die Förderung derselben ein.

Die Initiative für die betreffende Erklärung wurde Anfang 2013 von der Französischen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ins Leben gerufen. Deutsche und französische Kommunen wurden von dem Vorsitzenden des AFCCRE Alain Juppé dazu aufgerufen, die Erklärung zu unterzeichnen.

Bis August 2013 wurde sie bereits von über 150 Kommunen unterzeichnet.

Weitere Informationen: www.afccre.org.

Der Besuch der Bürgermeisterin Roselyne Lefrançois wurde als Anlass gewählt, die vorliegende Erklärung zu unterzeichnen. Die Städtepartnerschaft Erlangen-Rennes ist eine lebendige Partnerschaft, die 2014 ihr 50-jähriges Bestehen feiert. Im Rahmen dieser Partnerschaft und anlässlich des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags sind in diesem Jahr bereits zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt worden. Zudem laufen die Vorbereitungen zum Jubiläum der Städtepartnerschaft, das im Januar 2014 in Rennes begangen wird und zum dem das ganze Jahr über Projekte stattfinden werden. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitsprogramms 2013/14 von Amt 13-4.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11

Mitteilungen zur Kenntnis

Protokollvermerk:

Es werden folgende Mitteilungen mündlich zur Kenntnis gegeben:

1. Herr berufsm. StR Weber teilt mit, dass das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft die Stadtumlandbahn in das Bundesprogramm 2013 – 2015 Kategorie C (Planungsbeginn) aufgenommen hat. Ansonsten sind die Städte Augsburg, München, Nürnberg und Würzburg in der Kategorie C.
2. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis informiert über einen Gesprächstermin am 27.09.2013 bei Prof. Dr. Russwurm bezüglich des geplanten „Siemens-Campus“ in Erlangen.

3. Frau berufsm. StRin Wüstner teilt bezüglich der Beleuchtung der Verbindung zwischen Staudtstraße und Doris-Ruppenstein-Straße mit, dass das Tiefbauamt der Stadt Erlangen bei der Regierung von Mittelfranken die Erteilung einer Befreiung von der Naturschutzgebietsverordnung beantragt hat, nachdem diese Verbindung teilweise durch das Naturschutzgebiet verläuft. Hierfür ist die Regierung von Mittelfranken als höhere Naturschutzbehörde zuständig.
4. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis weist darauf hin, dass sich der Bürgermeister von San Carlos am 28.09.2013 zu einem Besuch in Erlangen aufhält (T. 14:00 Uhr, Café Mengin).

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.1

13-2/317/2013

Veranstaltungen Oktober, November und Dezember 2013

Sachbericht:

Oktober 2013

Mi.,	02.10.	17:00 Uhr	Einweihung/Übergabe der Informationstafel „Baum des Friedens“, Bohlenplatz
So.,	06.10.	10:30 Uhr	Eröffnung der neuen Kinderkrippe im Kinderzentrum Thomizil, Liegnitzer Str. 20
		15:00 Uhr	Tag der Heimat, Redoutensaal
		18:00 Uhr	Eröffnung Erstes Freies Jüdisches Lehrhaus Erlangen, Bürgerpalais Stutterheim
Mi.,	09.10.	09:30 Uhr	Saubere Stadt – sauberer Wald – Sauberes Gewässer, Friedrich-Rückert-Schule
Do.,	10.10.	18:00 Uhr	Abschluss Blumenschmuckwettbewerb, Orangerie
Sa.,	12.10.	19:00 Uhr	Jungbürgerversammlung, Treffpunkt Röthelheimpark
Fr.,	18.10.	10:00 Uhr	Festakt Bayerischer Musikschultag, Markgrafentheater
Sa.,	19.10.		Lange Nacht der Wissenschaften
Mi.,	23.10.	17:30 Uhr	Einbürgerungsfeier, Rathaus Foyer 1. OG
Fr.,	25.10.	11:30 Uhr	Einweihung Mensa Büchenbach-Nord (Grundschule Mönau und Ganztagschule Hermann-Hedenus-Schule)
		15:00 Uhr	Einweihung Umbau Lernstube Brucker Lache
		17:00 Uhr	Festsitzung anlässlich der Verleihung des Goldenen Ehrenring an Herrn Prof. Dr.-Ing. Reinhardt, Ratssaal

November 2013

Mo.,	04.11.	11:00 Uhr	Abschlussveranstaltung „Mit dem Rad zur Arbeit“ (Genauer Ort noch nicht bekannt)
		16:00 Uhr	Verleihung des Ehrenbriefes für besondere soziale Verdienste an Hella Reinke, Ratssaal
Do.,	07.11.	15:00 oder 16:00 Uhr	Bildungsoffensive, Redoutensaal (Uhrzeit noch nicht genau festgelegt)
Fr.,	08.11.	19:00 Uhr	Ehrungsabend Feuerwehr, Rathaus, Konferenzraum 14. OG
So.,	10.11.	11:30 Uhr	Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Pogroms, Israelitischer Friedhof Erlangen, Rudelsweiherstraße 85
Fr.,	15.11.	17:00 Uhr	Einweihung Gemeinschaftshaus Am Anger
So.,	17.11.	11:30 Uhr	Städtische Gedenkfeier am Volkstrauertag am Grabmal Lorleberg auf dem Ehrenfriedhof
Do.,	21.11.	19:30 Uhr	Veranstaltung mit Herrn Prof. Dr. Peter Dabrock zum Thema Journalismus und Ethik, Orangerie
Mo.,	25.11.	09:30 Uhr	Eröffnung des Adventsverkaufs von Arbeiten aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Rathaus, Foyer EG
		18:15 Uhr	Eröffnung der NSU-Opferausstellung, Stadtarchiv
Di.,	26.11.	19:00 Uhr	Podiumsdiskussion Zivilcourage (Näheres noch nicht bekannt)
Mi.,	27.11.	18:00 Uhr	Eröffnung der Erlanger Waldweihnacht am Schlossplatz
		19:00 Uhr	Eröffnung des Historischen Weihnachtsmarktes, Neustädter Kirchenplatz

Dezember 2013

Mi.,	04.12.	19:00/19:30Uhr	Sportlerehrung, Redoutensaal
Do.,	05.12.	19:00 Uhr	Ehrenamtsveranstaltung, Markgrafentheater
Mi.,	11.12.	14:00 Uhr	Empfang Ehejubilare, Heinrich-Lades-Halle
Fr.,	13.12.	19:00 Uhr	Stadtratsschlussveranstaltung, Bürgerpalais Stutterheim
Di.,	31.12.	Ab 9:00 Uhr	Silvesterbesuche

Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen

Allgemein

18.10.	Fachtag "Kommunen als Akteure in der Entwicklungspolitik" für Kommunalvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure aus der Metropolregion Nürnberg, 9:00 - 16:00 Uhr Ratssaal
--------	--

Beşiktaş

02.10. – 06.10.	Bürgerreise zur Modernen Kunst nach Beşiktaş/Istanbul
-----------------	---

Europa

06.11.	Abend „Europas Jugend in Erlangen – Erfahrungsberichte, Infos und Diskussion rund um Erasmus und Europäischen Freiwilligendienst“ im Pacelli Haus (Kellerbar)
--------	---

Jena

02.10.	Workshop zum Thema „Zukunft der deutsch-deutschen Städtepartnerschaften“
03.10.	Tag der Deutschen Einheit in Erlangen mit Gästen aus Jena

Nicaragua

15.11.	Langer Abend "Nicaragua 2013" an der VHS Erlangen mit den Vorträgen "Landgrabbing und Agrospritproduktion – auch ein Thema in Nicaragua?" (18:00 Uhr) und "ÜberLebensWelten 2.0" (20:00 Uhr) von Klaus Hess
--------	---

Rennes

14.10.	Empfang für „Großen Schüleraustausch Rennes“ um 17:30 Uhr im Ratssaal mit BM2
--------	---

Vorschau:

21.01. – 24.04.2014	Delegation nach Rennes zur Feier des 50. Partnerschaftsjubiläums Erlangen-Rennes
------------------------	--

Riverside

02.10. – 03.10.	Workshop mit Kunststudenten der FAU an der University of California Riverside
10.10.	Lange Nacht der Kunst und Innovation mit Beteiligung der Galerie Bunsen-Götz
09.11. – 21.12.	Ausstellung von zwei Künstlern aus Riverside in der Galerie Bunsen-Götz

San Carlos

25.10.	Themenabend „Wasserreiches San Carlos – aber kein sauberes Trinkwasser“ mit Hans-Georg Jung, Braunschweig; 18:00 Uhr, Foyer der Erlanger Stadtwerke
26.10.	Fiesta für San Carlos im E-Werk, Beginn 20:00 Uhr

Stoke-on-Trent

17.10. – 20.10.	Antrittsbesuch von Mohammed Pervez, Mehrheitsführer des Stadtrats von Stoke-on-Trent
-----------------	--

Wladimir

02.10. – 12.10.	Schülergruppe aus Wladimir zum Austausch am MTG
21.10. – 26.10.	Augenärzte aus Wladimir zu Hospitation an der Kopfklinik in Erlangen
04.11. – 09.11.	Jugendgruppe des Roten Kreuzes Wladimir zu Kontakten in Erlangen
20.11. – f24.11.	Wladimirer Newcomer-Band zum Newcomer-Festival in Erlangen
07.12. – 16.12.	Wladimirer Folklore-Ensemble zu Gastspielen in Erlangen

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.2

13-2/318/2013

Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung

Sachbericht:

Seit der letzten Stadtratssitzung wurden die in der Anlage aufgeführten Stadtrats- und Fraktionsanträge gestellt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.3

13-4/031/2013

**Fachtagung Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
am 18. Oktober 2013; hier: Anfrage von Frau Stadträtin
Dr. Herzberger-Fofana vom 25.7.2013**

Sachbericht:

In der Sitzung des Stadtrates am 25. Juli 2013 hat Frau Stadträtin Dr. Herzberger-Fofana darauf hingewiesen, dass am 18. Oktober 2013 in Erlangen die Fachtagung für Kommunalvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure aus der EMN stattfindet und gleichzeitig eine ähnliche Fachtagung in München durchgeführt wird. Sie fragte an, ob der Termin in Erlangen verlegt werden könnte.

Hierzu ist mitzuteilen, dass der in Erlangen stattfindende Fachtag Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit einem externen Kooperationspartner (als Hauptveranstalter), der Engagement-Global-Außenstelle Stuttgart, veranstaltet wird. Der Termin wurde schon im März 2013 verbindlich festgelegt. Zudem wurden bereits vor einiger Zeit hochrangige Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen/Moderatoren usw. gewonnen (feste Zusagen liegen vor); zum Fachtag wurden bereits Einladungen verschickt.

Aufgrund der Vielzahl der involvierten lokalen und überregionalen Akteure kommt eine Terminverschiebung leider nicht mehr in Frage.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.4

13-2/314/2013

**Anfrage der Fraktion Grüne Liste vom 24.06.2013:
Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes über Fraktions-
geschäftsführungszuschüsse**

Sachbericht:

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 5. Juli 2012 Regelungen über die Rechtmäßigkeit der Bemessung von Zuschüssen zur Geschäftsführung von Stadtratsfraktionen getroffen.

Danach darf es bei unterschiedlich großen Fraktionen keine lineare proportionale Verteilung auf die Fraktionen geben. Nötig sind sachgerechte Verteilungsmaßstäbe, z. B. ein Kombinationsmodell mit einem von der Fraktionsstärke unabhängigen Sockelbetrag zzgl. einem Betrag pro Fraktionsmitglied.

In Erlangen werden die Fraktionszuschüsse nach einem Modell wie oben beschrieben berechnet und ausbezahlt. Die Höhe des Sockelbetrages/Grundbetrages ist nach der Größe der Fraktionen gestaffelt, hinzu kommt ein Betrag pro Fraktionsmitglied.

Die Staffelung des Sockelbetrages ist nach Ansicht der Verwaltung rechtmäßig, da die Gewährung eines Sockelbetrages die Tatsache berücksichtigt, dass ein gewisser Kostenbedarf unabhängig von der Fraktionsgröße besteht. Eine Staffelung des Grundbetrages ist zulässig, da der organisatorische und koordinierende Aufwand der Geschäftsführungen, die überwiegend durch die Geschäftsführungszuschüsse finanziert werden, bei größeren Fraktionen höher ist, als bei kleinen Fraktionen.

Die Verwaltung sieht daher keinen Änderungsbedarf bei der Berechnung der Geschäftsführungszuschüsse der Fraktionen.

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag von Herrn StR Bußmann zum Tagesordnungspunkt erhoben. Er bezweifelt, dass die Erlanger Regelung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes entspricht, nachdem das Ergebnis des Auszahlungsbetrages doch zu einer linearen Ausgestaltung des Fraktionsgeschäftsführungszuschusses führt.

Frau berufsm. StRin Wüstner sagt eine nochmalige Überprüfung unter diesem Gesichtspunkt zu.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.5

241/074/2013

Nördlicher Kiosk Ostseite Neuer Markt (Nürnberger Str. 32) - Erledigung des Protokollvermerkes aus der 9. Sitzung des HFPA

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- städtebauliche und gestalterische Aufwertung der Ostseite Neuer Markt

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Abriss des nördlichen Kiosk an der Ostseite Neuer Markt (Nürnberger Str. 32)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Stellungnahme zum Vorschlag „Umbau in eine behindertengerechten WC-Anlage“

Die bisherigen Bedarfsuntersuchungen für öffentliche behindertengerechte WC-Anlagen ergaben keinen dringenden Bedarf in diesem Bereich, da sowohl die öffentliche WC-Anlage am Durchgang Cinestar/Bogenpassage sowie die Anlagen im Rathaus zur Verfügung stehen.

Der Fokus für eine Neuanlage liegt, wie bereits in den entsprechenden Ausschüssen mehrfach behandelt, im mittleren bis nördlichen Bereich der Innenstadt (z. B. Hugenottenplatz).

Aktueller Sachstand

Aufgrund des Leerstandes haben sich 20 Pachtinteressenten gemeldet, die durchweg eine gastronomische Nutzung bzw. den Verkauf von Lebensmitteln anstreben.

Der bei der Errichtung des Kioskes im Erdboden eingelassene Fettabscheider¹ spricht für eine gastronomische Nutzung. Jedoch wurde im Jahr 2009 von der Lebensmittelüberwachung erstmals die fehlende Personal-Toilette moniert. Die notwendigen Toiletten wurden 1990 bei der Planung des Kioskes in der öffentlichen Toilettenanlage auf der gegenüber liegenden Straßenseite zugewiesen. Dies ist lebensmittelrechtlich nicht (mehr) zulässig und wird auch nicht geduldet. Aufgrund der Außenbestuhlung sind gaststättenrechtlich zudem ein Toilettenbecken und ein Urinal zwingend erforderlich.

Der ursprüngliche Brezenverkaufskiosk wurde bislang nicht erneut verpachtet, um die Fläche als WC herrichten und nutzen zu können. Ein Anbau für die erforderliche WC-Anlage kommt nicht in Frage, da die freien Flächen für Feuerwehr und Rettungsdienst benötigt werden und dieser Bereich von vielen Fußgängern frequentiert wird. Alle Versuche, die Mitnutzung einer Personal-Toilette in umliegenden Betrieben oder innerhalb der Stadtverwaltung zu ermöglichen, wo sich die Hygienevorschriften erfüllen lassen, scheiterten.

Einer der Interessenten zeigt großes Interesse, den Kiosk zu erwerben. Da sich das Objekt an einer exponierten Stelle befindet und die Möglichkeit der gestalterischen Einflussnahme erhalten bleiben soll, wird der Verkauf von der Verwaltung nicht weiter verfolgt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Von wesentlicher Bedeutung für die Entscheidung, den Kiosk zu beseitigen, ist die Relation zwischen den Investitionskosten für eine Toilette in Höhe von voraussichtlich 30 000 € und der Wertbeständigkeit des gesamten Kioskes. So umfassen z. B. die Vorgaben der Lebensmittelüberwachung für den 3,17 Quadratmeter großen Brezenverkaufskiosk bereits einen ganzen Reigen kostenträchtiger Maßnahmen² mit einem voraussichtlichen Volumen von 10 000 €.

Die Errichtung und der Standort des Imbiss- und Brezenverkaufskioskes wurden in den 80ern kritisch diskutiert. Noch kurz vor der Errichtung meldeten 1989 Unternehmen in direkter Nachbarschaft erhebliche Bedenken an. Dennoch wurde der Neubau realisiert, damit der Schaustellerverband seinen Standplatz beibehalten und statt ständig wechselnder „Buden“ am Neuen Markt den Betrieb in einem ortsfesten Bauwerk fortführen konnte.

In Anbetracht der Konkurrenz mit ihren vielfältigen kulinarischen Möglichkeiten in unmittelbarer Nähe lassen sich keine Pachten in der bisherigen Größenordnung erzielen. Der Verkauf von Zeitungen, Zeitschriften, Tabakwaren und Dingen des sofortigen Bedarfs (Süßwaren, Getränke, ...) bietet trotz attraktiver Innenstadtlage keine lukrativen Rahmenbedingungen, da die Frequenzbringer Galeria Kaufhof, das Einkaufszentrum Neuer Markt und der Discounter Norma diese Produkte bereits anbieten.

¹ Die Kosten des Fettabscheiders sind in den Herstellkosten des Kioskes enthalten.

² Entfernen aller alten Einbauten, Erneuerung der Decke inkl. Lichtquellen in ausreichender Menge, Erneuerung des Stromnetzes inkl. Sicherungs- und Verteilerkasten, Erneuerung der Wasserab- und -zuleitung, Einbau einer Elektroheizung, Austausch des Rollogurtes durch einen Gurt mit Elektroantrieb, Schleifen und Anstreichen der Eingangstür und Anbringen eines Selbstschließers, Anbringen eines Edelstahl-Waschbeckens und eines Boilers, Streichen der Wände

Daher sind weder die Schaffung einer Toilette noch das Herrichten des Kiosk-Gebäudes wirtschaftlich zu vertreten. Die Wiederherstellung der ungestörten Pflasterfläche vor dem Bekleidungshaus bietet zudem einen wesentlichen Vorteil aus der Sicht der Stadtgestaltung.

Investitionsbedarf bei

- | | |
|---|--------------------------|
| - Errichtung einer behindertengerechten WC-Anlage | voraussichtlich 95 000 € |
| - Einbau einer WC-Anlage | voraussichtlich 30 000 € |
| - Herrichtung des Brezenverkaufskioskes (3,17 qm) | voraussichtlich 10 000 € |

Sachkosten für die Beseitigung des Kioskes

- | | |
|---|---------------------------|
| voraussichtliche Abrisskosten
einschl. Wiederherstellung der Pflasterung | zwischen 20.000 -25.000 € |
| Anlagenabgang durch Abriss | 12.618 € |

Die notwendigen Finanzmittel für die Beseitigung des Kioskes sind in der nächsten Mittelanmeldung vorzusehen.

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird zum Tagesordnungspunkt erhoben.

Aufgrund mehrerer Redebeiträge mit Nutzungsvorschlägen sagt Herr berufsm. StR Weber zu, dass eine temporäre Zwischennutzung vorstellbar wäre, solange keine neuen Investitionen getätigt werden müssen. Ein Verkauf müsste zunächst geprüft werden. Er weist darauf hin, dass es nicht das Ziel des Einzelhandels ist, dass sich solche fliegenden Bauten verfestigen.

Herr StR Kittel regt an, dass der Kiosk nicht abgerissen werden soll und hierüber abzustimmen ist. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt zu, dass die Verwaltung hierzu einen Vorschlag machen wird.

Ergebnis/Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Der Protokollvermerk aus der 9. Sitzung des HFPA – nicht öffentlich – ist bearbeitet.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 12

Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung

Protokollvermerk:

Es wird in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben, dass der Stadtrat heute in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen hat:

- eine Spende der Fa. Adidas für Spielgeräte im Außengelände der Spielstube im Wert von 13.468,02 Euro anzunehmen.
- Herrn Thomas Lux und Herrn Dieter Birk erneut als ehrenamtliche Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Bereich der kreisfreien Stadt Erlangen zu berufen.

(aus der Sitzung am 25.07.2013):

- Herrn Fabian Albrecht als neuen Leiter des Bauaufsichtsamtes zu bestellen.
Er wird am 01.11.2013 seinen Dienst bei der Stadt Erlangen beginnen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13

Übergabe der Ernennungsurkunde an den Stadtheimatspfleger

Protokollvermerk:

Der Stadtrat hat in heutiger nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, Herrn Konrad Rottmann mit Wirkung vom 01.10.2013 bis zum 30.09.2023 auf der Grundlage der neu gefassten Heimatspflegersatzung zum Stadtheimatspfleger zu bestellen.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis übergibt Herrn Konrad Rottmann die Ernennungsurkunde.

TOP 14

13-2/307/2013

XENOS - Programm zur interkulturellen Öffnung der Kommunen (PIK) - Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen: jährlicher Bericht

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sowie neu gewonnene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (von Unternehmen und Organisationen in Erlangen).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2013: Konzepterstellung und Erarbeitung von Maßnahmen und ersten Umsetzungsschritten, flankierendes Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, Öffentlichkeitsarbeit.

2014: Umsetzung weiterer Schritte, flankierendes Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, intensive Öffentlichkeitsarbeit (Willkommenspaket, Flyer, Plakat, Internet, Leitsystem, Veranstaltungen). Übertragung des Konzepts auf KMU.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mitarbeit der Stadt Erlangen in der Steuerungsgruppe für das Gesamtprojekt und in der Erlanger Projektgruppe; moderierte Workshops für die Konzeptentwicklung und Erarbeitung von weiterführenden Maßnahmen, Training und Coaching für die beteiligten Mitarbeiter/innen, umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Das Projekt ist öffentlich gefördert durch den Europäischen Sozialfond und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Das Teilprojekt „Willkommenskultur“ in Erlangen hat ein Gesamtvolumen von rund 183.000 €. Die erforderlichen 25 % Eigenmittel werden als anrechenbare Personalkosten des Projektpersonals von 13-4 und die sogenannten „Teilnehmereinkommen“ der städtischen Beschäftigten, die an der Konzeptentwicklung und den nachfolgenden Trainings beteiligt sind, eingebracht.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den jährlichen Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren geplanten Schritte umzusetzen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 48 gegen 0

TOP 15

13-2/306/2013

XENOS: Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die im Rahmen des XENOS-Projektes erarbeiteten Ideen und Vorstellungen für die Entwicklung eines Konzeptes für eine Willkommenskultur in der Stadt Erlangen für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sowie neu gewonnene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (von Unternehmen und Organisationen in Erlangen) werden umgesetzt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2013: Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Projektauftrags „Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde“.

2014: Konzepterstellung und Erarbeitung von Maßnahmen und Umsetzungsschritten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Projektgruppe „Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde“ legt bis Oktober 2014 ein detailliertes Konzept mit Meilensteinen und Kosten vor.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis stellt die Alternative B zur Abstimmung.
Die Alternative B wird mit 48 gegen 0 Stimmen angenommen.

Ergebnis/Beschluss:

Alternative B:

Die in der Anlage dargestellte

Alternative 2 „ Neugestaltung des 2. OG im Rathaus“

soll weiter verfolgt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für den Umbau der Ausländerbehörde bis Oktober 2014 zu erstellen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 48 gegen 0

TOP 16

V/022/2013

Bewerbung um Sitz im Koordinierungsgremium der Allianz gegen Rechtsextremismus

Sachbericht:

Ende November 2013 findet in Erlangen die Mitgliederversammlung der Allianz gegen Rechtsextremismus der Europäischen Metropolregion Nürnberg statt. In diesem Jahr sind turnusgemäß auch der Vorstand und das Koordinierungsgremium zu wählen.

Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß hat für die Stadt Erlangen in den vergangenen zwei Jahren im Koordinierungsgremium mitgearbeitet und ist bereit, dies auch in den kommenden zwei Jahren zu tun.

Ergebnis/Beschluss:

Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß wird vom Stadtrat der Stadt Erlangen beauftragt, für einen Sitz im Koordinierungsgremium der Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion zu kandidieren.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 49 gegen 0

TOP 17

52/213/2013

Änderung der Sportförderrichtlinien

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Angleichen an die Neuregelungen des BLSVs. Veränderungswünsche aus dem Sportausschuss, Sportbeirat, Jury und von Sportvereinen wurden eingearbeitet. Die Richtlinien sind von der Gleichstellungsstelle geschlechtsneutral formuliert worden.

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

In der Anlage sind die Änderungsvorschläge der in fetter kursiver Schrift erkennbar gemacht. Nicht mehr erforderliche Regelungen sind durchgestrichen.

3. Ressourcen

Haushaltsmittel

Werden nicht benötigt.

Protokollvermerk:

Herr StR Höppel beantragt, die Ziffer 10.1 Leistungssportgremium in Satz 2. wie folgt zu ergänzen:
2. Je eine Vertretung der vertretenen Fraktionen / **Ausschussgemeinschaften** im Stadtrat.
Der Antrag wird mit 47 gegen 0 Stimmen angenommen.

Herr StR Schulz beantragt, die Ziffer 3.5 Ehrenbrief der Stadt Erlangen im letzten Satz wie folgt zu ergänzen:

Es sollten nicht mehr als vier Ehrenbriefe im Jahr vergeben werden, **davon mindestens einer an eine Frau.**

Der Antrag wird mit 22 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Die Sportförderrichtlinien werden wie von der Verwaltung vorgeschlagen und im Anhang aufgezeigt sowie wie beschrieben in der Ziffer 10.1 ergänzt, durch den Stadtrat mit 47 gegen 0 Stimmen beschlossen.

Ergebnis/Beschluss:

A. Die Sportförderrichtlinien werden wie von der Verwaltung vorgeschlagen und im Anhang aufgezeigt beschlossen.

Abstimmung:

angenommen mit Änderungen

mit 47 gegen 0

TOP 18

30-S/009/2013

Präsentation: Ehrenamt in Erlangen

Sachbericht:

Der Stadtrat soll mithilfe einer PowerPoint-Präsentation über die wichtigsten Ergebnisse aus dem Bericht „Statistik aktuell 7/2013: Ehrenamt in Erlangen“ informiert werden.

Eines der Themen der repräsentativen Bürgerbefragung „Leben in Erlangen 2012“ war das ehrenamtliche Engagement der Erlangerinnen und Erlanger. Für die Bürgerbefragung 2012 wurde aus der Grundgesamtheit aller 18- bis 80-Jährigen mit Hauptwohnsitz in Erlangen mithilfe eines zufallsgesteuerten Verfahrens eine Stichprobe mit 3.351 Einwohnern gezogen.

Die Rücklaufquote lag bei 54,3 Prozent.

Da die Fragen zum Thema „Ehrenamtliches Engagement“ bereits in gleicher Weise bei der Bürgerbefragung „Leben in Erlangen 2004“ gestellt wurden, ist es möglich, Entwicklungstendenzen darzustellen. Der Anteil der ehrenamtlich Engagierten in Erlangen ist seit 2004 von 26,2 auf 30,1 Prozent angestiegen.

Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse findet sich im Bericht Statistik aktuell 7/2013 zum Thema Ehrenamt in Erlangen, der hiermit zur Kenntnis gegeben wird.

Protokollvermerk:

Frau berufsm. StRin Wüstner stellt den Bericht verkürzt mündlich dar. Auf die PowerPoint-Präsentation wird verzichtet.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 19

613/155/2013

Integriertes Mobilitätsmanagement: Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung zur Pendelmobilität

Sachbericht:

Durchführung der Befragung:

Im Rahmen des Projektes „Integriertes Mobilitätsmanagement“ wurde im Zeitraum von Oktober 2012 bis Februar 2013 bei den acht größten Erlanger Arbeitgebern (Areva, Erlanger Stadtwerke, Friedrich-Alexander-Universität, Klinikum am Europakanal, Siemens, Sparkasse-Erlangen, Stadt Erlangen und Universitätsklinikum) eine Mitarbeiterbefragung zur Pendelmobilität durchgeführt.

Im gleichen Zeitraum wurde vom Institut für Geographie an der Friedrich-Alexander-Universität eine Mobilitätsbefragung bei den Studierenden der Universität, der Georg-Simon-Ohm-Hochschule und der Evangelischen Hochschule Nürnberg durchgeführt.

Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung wurden den Auftraggebern (s. o.) am 17. Juli 2013 durch das Institut für empirische Soziologie (IfeS) vorgestellt. Die öffentliche Ergebnispräsentation erfolgt in der Stadtratssitzung am 26. September 2013.

Ziel der Befragung:

Forschungsziel der Befragung war es, Erkenntnisse über die räumliche Verteilung der Beschäftigten sowie deren Verkehrsmittelwahl zu gewinnen.

Der aktuelle und umfangreiche Datensatz bietet die Möglichkeit, Zusammenhänge in Bezug auf das Pendelverhalten der Erlanger Beschäftigten zu analysieren. Die Ergebnisse stellen eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Verkehrskonzepte im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes dar.

Die Erfassung des Pendelverhaltens der Studierenden ist nicht zuletzt aufgrund deren hohen Anzahl in Erlangen von besonderer Bedeutung und liefert wichtige Erkenntnisse u. a. für die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes. An der studentischen Mobilitätsbefragung haben 10.555 Studierende teilgenommen. Die Rücklaufquote beträgt 22,5 % (Insgesamt 47.370 versendete Einladungen in zwei Befragungszeiträumen). Um eine Verschneidung mit der Mitarbeiterbefragung zu gewährleisten, wurden die Befragungsinhalte im Vorfeld mit der Verwaltung abgestimmt.

Die Rücklaufquote bei der Befragung beträgt insgesamt über alle teilnehmenden Unternehmen und öffentlichen Institutionen 36,5 %. Nach Bereinigung der insgesamt 19.178 beantworteten Fragebögen (Ausschluss aufgrund von Unvollständigkeit und von Befragten, die ihren Arbeitsplatz nicht in Erlangen angegeben haben) stehen 17.370 auswertbare Bögen zur Verfügung.

Zusammenfassung der wichtigsten Befragungsergebnisse:

Nach ersten allgemeinen Auswertungen sowie der Analyse von Zusammenhängen zwischen einzelnen Indikatoren können folgende Ergebnisse berichtet werden:

- Bei der Verkehrsmittelwahl (Nutzung im Sommer bzw. bei gutem Wetter) dominiert der motorisierte Individualverkehr (MIV) mit insgesamt 57,5 %. Mit dem Rad fahren 26,5 % und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln 13,5 %. Zu Fuß gehen 2,6 %.
- Die Wahl des Verkehrsmittels für den Weg zur Arbeit differiert sehr stark nach der räumlichen Herkunft der Beschäftigten und der Jahreszeit. So nutzen im Winter lediglich 14,8 % das Fahrrad. Die Abnahme des Radverkehrs im Winter führt zur Zunahme der Anteile der übrigen Verkehrsarten.
- Die Verkehrsmittelwahl der Binnenpendler (Beschäftigte, die in Erlangen wohnen und arbeiten) unterscheidet sich deutlich von der der Einpendler (Beschäftigte, die in Erlangen arbeiten und außerhalb Erlangens wohnen). Das von den Binnenpendlern für den Weg zur Arbeit vorzugsweise genutzte Verkehrsmittel ist das Fahrrad (61,7 %; MIV 23,0 %; ÖPNV 7,8 %; Fuß 7,5 %). Bei den Einpendlern dominiert hingegen der MIV (74,9 %; ÖPNV 16,3 %; Fahrrad 8,7 %; Fuß 0,1 %).
- Es besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem genutzten Hauptverkehrsmittel und der Parkplatzverfügbarkeit. Von den Beschäftigten, denen eine Parkmöglichkeit zur Verfügung steht, pendeln 63,7 % im Pkw als Fahrer oder Mitfahrer bzw. mit einem motorisierten Zweirad zur Arbeit. Dagegen nutzen drei Viertel der Mitarbeiter, denen keine garantierte Parkmöglichkeit zur Verfügung steht, die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, zu Fuß) für den Weg zur Arbeit.
- Die Reisezeit für den Weg zur Arbeit ist bei den Einpendlern im Durchschnitt doppelt so hoch wie bei den Binnenpendlern.
- Von den 10.291 Beschäftigten, die den Pkw für die längste Wegstrecke nutzen, gaben lediglich 22,5 % an, nicht darauf verzichten zu können. Diejenigen, die auf den Pkw verzichten können, gaben an, dass sie einen Umstieg auf den ÖPNV erwägen würden, wenn es bessere Bus- und Bahnverbindungen gäbe (61,4 %), wenn der Arbeitsplatz ohne Umsteigen erreichbar wäre (57,7 %) und/oder wenn sich die Reisezeit gegenüber der Fahrt mit dem Pkw nicht verlängern würde (57,8 %).
- Abschließend wurden die Beschäftigten befragt, auf welche Maßnahmen sich die Erlanger Verkehrsplanung konzentrieren sollte. Mehrfachantworten waren hierbei möglich, bei denen 17.054 Befragte mindestens eine Antwort gaben:
 - Preissenkung im ÖPNV (39,4 %)
 - Bessere Busverbindungen ins Umland (33,5 %)
 - Bündelung des Autoverkehrs auf den Hauptverkehrsstraßen (28,6 %)
 - Bau eines schienenengebundenen Nahverkehrsnetzes (28,3 %)
 - Häufigere Busverbindungen und mehr Haltestellen (22,2 %)

Weiteres Vorgehen:

Wie wichtig den Erlanger Beschäftigten das Pendeln und die damit verbundenen verkehrlichen Themen sind, drückt sich in der hohen Rücklaufquote sowie in der ungewöhnlich hohen Anzahl an Bemerkungen, Kommentaren und Vorschlägen aus, die die Befragten in einem Freifeld am Ende des Fragebogens geäußert haben (s. Anlage 1). Aufgrund der hohen Zahl der Befragungsteilnehmer steht eine umfassende empirische Grundlage zur Pendelmobilität der Erlanger Beschäftigten zur Verfügung.

Die Kommentare und Anregungen dienen der Verwaltung als wichtige Hinweise für verkehrliche Maßnahmen im Rahmen der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes. Die gewonnenen Daten werden in nächster Zeit vertiefend analysiert und in den ebenfalls in Erarbeitung befindlichen Verkehrsbericht aufgenommen.

Die Mitarbeiterbefragung zur Pendelmobilität bei den größten Erlanger Arbeitgebern konnte im Rahmen des Projektes „Integriertes Mobilitätsmanagement“ erfolgreich durchgeführt werden. Neben den vorgenannten Anwendungen können die Daten auch für unternehmensspezifische Auswertungen herangezogen werden. Auf dieser Grundlage besteht die Möglichkeit für die Projektpartner in Zusammenarbeit mit dem Institut für empirische Soziologie und der Verwaltung mögliche Maßnahmen für das betriebliche Mobilitätsmanagement zu erarbeiten.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 20

II/242/2013

Einbringung des Haushalts 2014 mit Investitionsprogramm 2013 - 2017 sowie der Vorlage zur Änderung und Ergänzung des Stellenplans 2014

Sachbericht:

Die Einbringung des Haushalts 2014 mit Investitionsprogramm 2013 – 2017 sowie der Vorlage zur Änderung und Ergänzung des Stellenplans 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 21

II/240/2013/2

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 zu TOP 24 der Stadtratssitzung am 25.07.2013 Personalkostenbudgetierung und Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates hierzu

Sachbericht:

Wie aus beigefügter Tabelle ersichtlich, wurden in den Jahren 2010 bis 2012 Mittel aus den Personalkostenbudgets entsprechend der geltenden Budgetierungsregeln in den dargestellten Sachkostenbudgets verwendet.

Ursache hierfür könnte eine zu geringe Ausstattung der Sachkostenbudgets zur Abarbeitung der Arbeitsprogramme darstellen. Es handelt sich jedoch nur um eine mögliche Begründung. Hieraus die Notwendigkeit zu einer dauerhaften Budgeterhöhung abzuleiten, erscheint keineswegs zwingend.

Weitere mögliche Begründungen zur Verwendung von Mitteln aus den Personalkostenbudgets für Sachaufwendungen:

- Bei lang andauernden Erkrankungen von Tarifbeschäftigten erhalten die Budgets Personalkostenerstattungen. Da im Regelfall die Aufgaben nicht verschiebbar sind, finanzieren die Ämter aus diesen Mitteln Leistungsprämien oder die Vergabe von Aufträgen an Dritte, um die Aufgabenerfüllung sicher zu stellen (siehe Amt 20).
- Für die Zweckbestimmung der Budgetrücklagen werden Verwendungsbeschlüsse gefasst. Ergeben sich unterjährig Personalkostenüberschüsse, finanzieren manche Ämter die sich aus den Verwendungsbeschlüssen ergebenden Aufgaben hieraus. Die Budgetrücklage bleibt (teilweise) unangetastet, die Personalkostenüberschüsse unterliegen auf diesem Wege der Mittelverwendung nicht der 70:30-Regelung.
- Die Budgetierungsregeln erlauben die Verwendung von Personalkostenüberschüssen auch für zusätzliche, nicht in den Arbeitsprogrammen dargestellte Aufgaben. Die Möglichkeit zur Finanzierung dieser „Kür“-Leistungen eröffnen erst die Personalkostenerstattungen.
- Aus dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis (siehe Tabelle) wurden hinsichtlich der Budgetübertragung im Einzelfall Schlüsse gezogen. So wurden z. B. die hohen Defizite der Ämter 32 (Mindereinnahmen aus KVÜ) und 44 nicht oder nur teilweise übertragen.
- Eine Budgetaufstockung nach Durchschnittswerten berücksichtigt nicht, dass auf Defizite der Vorjahre im Sachkostenbudget durch eine höhere Mittelausstattung 2012 reagiert sein kann. Ein zusätzlicher Ausgleich würde eine Überkompensation darstellen.
- Unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt selbstverständlich auch die Neufassung der Personalkostenbudgetierung die Erwirtschaftung von Überschüssen, die in den Sachmittelbudgets verwendet werden können.

Würden Sachkostenbudgets pauschal erhöht, so würde dies den Ämtern einen Sparanreiz nehmen, nämlich durch Ausgabendisziplin oder der Akquirierung von Mehreinnahmen das Budgetdefizit zu verringern. Weiterhin mag die Frage erlaubt sein, wie mit künftigen Budgetüberschüssen zu verfahren ist. Würden bestimmte Sachmittelbudgets aufgestockt, wären konsequenterweise Personalkosteneinsparungen zu 100% einzuziehen. Den Fachbereichen würden hierdurch aber gemäß den Budgetierungsregeln gewollte Dispositionsmöglichkeiten genommen.

Aus Sicht der Kämmerei zeigt sich, dass die Verwendung von Personalmitteln für Sachmittel einer detaillierten Analyse bedürfte, ob die von der Antragstellerin gezogene Schlussfolgerung zutrifft.

Aber auch im Fall einer durchgeführten Analyse könnten damit keine Prognosen abgegeben werden, wie sich die neuen Budgetierungsregeln auswirken.

Die Kämmerei rät von einer pauschalen Erhöhung bestimmter Sachkostenbudgets ab, sondern schlägt vor, die Entwicklung im Zuge der Budgetabrechnung 2014 zu bewerten.

Hinweis: Sollte sich bei Annahme des SPD-Antrages Nr. 129/2013 für die Kämmerei eine Budgetaufstockung ergeben, verzichtet die Kämmerei hierauf im gesamtstädtischen Interesse, da es gilt, unter Beachtung der Haushaltsauflagen 2013 die Haushaltskonsolidierung voranzubringen.

Weitere Begründung der Stadtkämmerei aufgrund des im Betreff genannten Protokollvermerks

Aufgrund des Auftrages aus dem Protokollvermerk aus der 10. Sitzung des Stadtrates zu TOP 24.1 hat die Stadtkämmerei die Besonderheiten der einzelnen Budgets dargestellt, bei denen in den vergangenen drei Jahren Mittel aus dem Personalkostenbudget in das Sachkostenbudget überführt wurden.

Anlage 3 enthält Informationen zu den betreffenden Budgets. In einer erheblichen Anzahl von Fällen wurde im Lauf der Jahre bzw. im Zuge der Budgetverhandlungen 2014 auf Minderausstattungen in den Sachkostenbudgets reagiert. In den verbleibenden Fällen sieht die Kämmerei dennoch von einer Erhöhung der Sachkostenbudgets ab – aus unterschiedlichen Gründen. Vielmehr sollten eventuell notwendige Bereinigungen der Sachkostenbudgets erst im Zuge der Budgetabrechnung 2014 vorgeschlagen/beschlossen werden.

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 129/2013 vom 23.7.2013 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 48 gegen 0

TOP 22

EBE-B/063/2013

Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen (EBE)

Wirtschaftsplan 2014

hier: Feststellung gemäß § 13 EBV i. V. m. § 6 Betriebssatzung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vollzug der zugrundeliegenden Rechtsnormen, insbesondere

- Gemeindeordnung Bayern (GO)
- Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV)
- Betriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen hinsichtlich Wirtschaftsführung und Rechnungslegung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einbringung des Wirtschaftsplanes 2014 in den BWA sowie Vorlage im StR gemäß § 3 Betriebssatzung i. V. m. § 9 Abs. 2 Betriebssatzung.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

- Begutachtung des Wirtschaftsplanes 2014 im BWA am 24.09.2013
- Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014 im StR am 26.09.2013

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2014 des Entwässerungsbetriebes soll gemäß § 5 Abs. 1 der Betriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen in der Sitzung des BWA am 24.09.2013 begutachtet und gemäß § 13 Eigenbetriebsverordnung Bayer (EBV) i. V. m. § 6 Abs. 1 Ziff. 4 BS-EBE in der Sitzung des Stadtrates am 26.09.2013 festgestellt werden.

Wie aus der Übersicht Ziff. 2.1 S. 3 des Wirtschaftsplanes 2014 zu ersehen, wird für das Wirtschaftsjahr 2014 ein bilanzielles Jahresergebnis von -3.265.705 Euro prognostiziert.

Dies basiert im Wesentlichen (im Vergleich zum Jahresergebnis 2012 i. H. v. rd. 1.463 Tsd. Euro) auf Mindererträgen i. H. v. rd. 1.300 Tsd. Euro (insb. Umsatzerlöse rd. 500 Tsd. Euro und sonst. betriebliche Erträge rd. 800 Tsd. Euro) sowie erhöhten Aufwendungen i. H. v. rd. 3.400 Tsd. Euro (Aufwendungen für bezogene Waren und Dienstleistungen i. H. v. rd. 800 Tsd. Euro, Personalaufwendungen i. H. v. rd. 600 Tsd. Euro sowie Abschreibungen i. H. v. rd. 1.800 Tsd. Euro und Zinsen i. H. v. rd. 200 Tsd. Euro).

Im Einzelnen wird auf die Ansätze im Wirtschaftsplan 2014 verwiesen, welcher den Mitgliedern der Organe bereits vorab zugesandt wurde.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2014 des Entwässerungsbetriebes wird festgestellt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 48 gegen 0

TOP 23

611/206/2013

**Bebauungsplan Nr. 298 der Stadt Erlangen
- Ebereschenweg West - mit integriertem Grünordnungsplan
hier: Satzungsgutachten/Satzungsbeschluss**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

a) Anlass und Ziel der Planung

Der Bebauungsplan Nr. 298 wurde erstmals mit Beschluss vom 30.11.1988 mit der Bezeichnung – Südliche Rosenau – aufgestellt und überlagerte den Geltungsbereich des rechtskräftigen Baulinienplanes Nr. 52 teilweise. Der Planungsbereich umfasste die Flächen zwischen der Fürther Straße, Rosenau, Tennenloher Straße, Eichholzstraße und der Bahnlinie Erlangen – Bruck – Herzogenaurach.

Planungsziele waren u. a. die Abstimmung des Nebeneinanders von Sport und Wohnen mit einer Ausweitung der Wohnbaufläche bei Reduzierung der Sportplatzfläche des TV 1861 Erlangen-Bruck e.V. und die Sicherung der Erschließung. Das Verfahren wurde wegen fehlender Realisierungsmöglichkeit nicht weiter betrieben.

Die vorgenannten städtebaulichen Ziele, welche sich auch im wirksamen FNP der Stadt Erlangen widerspiegeln, können heute umgesetzt werden. Denn die fehlende Erschließung für die Umnutzung von Teilen der Sportplatzflächen des TV 1861 Erlangen-Bruck e. V. zu Wohnbauzwecken konnte durch den Zukauf weiterer Flächen bis hin zum Ebereschenweg durch eine Bauträgerfirma sichergestellt werden.

Vor diesem Hintergrund bildet die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 298 eine geeignete Maßnahme, um die brachliegenden Flächen und aufgelassenen Nutzungen als Allgemeines Wohngebiet mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen und einer ausreichenden Erschließung zu entwickeln.

b) Geltungsbereich

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke mit den Flst.-Nrn. 778/4, 779, 779/2, 779/4, 779/5, 780/1 sowie Teilflächen der Grundstücke mit den Flst.-Nrn. 757/19, 778/2 und 780 – Gemarkung Bruck –. Die Grundstücke befinden sich mit Ausnahme der öffentlichen Verkehrsflächen (Flst.-Nr. 757/19) im Privatbesitz.

c) Planungsrechtliche Grundlage

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) von 2003 ist der überwiegende Teil des Plangebietes als Wohnbaufläche dargestellt. Da aber auch Teile der dargestellten Sportplatzfläche überplant werden, steht der Bebauungsplan mit der geplanten Nutzung als Allgemeines Wohngebiet der Darstellung im FNP entgegen.

Eine Änderung des FNP ist daher erforderlich, um das Plangebiet vollständig als Wohnbaufläche darzustellen.

Die Änderung erfolgt im Wege der Berichtigung des FNP gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 298 – Ebereschenweg West – der Stadt Erlangen mit integriertem Grünordnungsplan.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Verfahrensstand

Der Erlanger Stadtrat hat am 21.03.2013 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 298 – Ebereschenweg West – in der Fassung vom 12.03.2013 gebilligt sowie die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung lag in der Zeit vom 13.05.2013 bis einschließlich 21.06.2013 öffentlich aus.

Im Auslegungszeitraum informierten sich ca. 20 Bürgerinnen und Bürger über die städtebaulichen Planungen im Geltungsbereich. Anregungen oder Einwände, die eine Planungsänderung erforderlich machen würden, wurden hierbei nicht vorgebracht.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 12.04.2013 von der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB benachrichtigt und gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB unter Hinweis auf § 4 Abs. 2 BauGB und

§ 4a Abs. 4 BauGB zur Stellungnahme aufgefordert worden. Dieser Verfahrensschritt wurde zeitversetzt im Vorfeld der öffentlichen Auslegung vom 15.04.2013 bis 17.05.2013 durchgeführt. Es wurden insgesamt 37 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden beteiligt, von denen 8 eine abwägungsrelevante Stellungnahme abgaben, die in der Anlage 2 behandelt werden.

Da die sich hieraus ergebenden Änderungen allein redaktioneller Art sind, kann der Bebauungsplan in der Fassung vom 24.07.2013 als Satzung beschlossen werden.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt als Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB.

Prüfung der Stellungnahmen

Siehe Anlage 2

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€ 500,00 pro Jahr	Für den Grünflächenunterhalt, Aufstockung des Betriebsführungszuschusses EB 77
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf lVP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Den Ergebnissen der Prüfung der Stellungnahmen in Anlage 2 wird beigetreten. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 298 – Ebereschenweg West – der Stadt Erlangen mit integriertem Grünordnungsplan und Begründung in der Fassung vom 12.03.2013 wird entsprechend ergänzt.
2. Dieser wird in geänderter Fassung vom 24.07.2013 gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, da die vorgebrachten Stellungnahmen nur Änderungen redaktioneller Art zur Folge haben.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 49 gegen 0

TOP 23.1

Befristete Verwaltungsstelle in der Geschäftsstelle des Ausländer- und Integrationsbeirats; Dringlichkeitsantrag zur StR-Sitzung am 26. September 2013

Protokollvermerk:

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 150/2013 wird mit 48 gegen 0 Stimmen angenommen und verwaltungsmäßig umgesetzt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 48 gegen 0

TOP 24

Anfragen

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Frau Dr. Herzberger-Fofana fragt an, ob die ausländischen Rentenempfänger darüber informiert werden könnten, dass ab 1. Oktober 2013 eine Rente aus Beitragszeiten, die im Bundesgebiet zurück gelegt wurden, unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Rentenbeziehers ungekürzt in alle Länder gezahlt werden.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Veröffentlichung über den Rathausreport zu.
2. Herr StR Volleth fragt an, warum die Prüfung des Antrages der Stadt Erlangen durch die Regierung von Mittelfranken bezüglich der Genehmigung zur Errichtung einer Beleuchtung des Weges von der Staudtstraße durch das Naturschutzgebiet so lange dauert.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Beantwortung durch das Referat VI zu.
3. Frau StRin Lanig fragt an, welche Maßnahmen die Stadt Erlangen gegen die Vermüllung und Verwahrlosung der Altstadt ergreift.
Frau berufsm. StRin Wüstner weist darauf hin, dass in der gesamten Altstadt eine erhöhte Reinigungsleistung auch am Wochenende erbracht wird. Eine Einflussnahme auf die Imbissbetriebe ist gaststättenrechtlich schwierig. Möglicherweise könnten planungsrechtliche Überlegungen angestellt werden.
4. Herr StR Höppel bittet um einen Bericht der Verwaltung zur Anfrage von Herrn StR Volleth in der nächsten Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses.
5. Herr StR Höppel erinnert an seine Anregung bezüglich des Anbringens einer Weltkarte mit den Partnerstädten Erlangens im 1. OG des Rathauses.
6. Frau StRin Grille bittet um einen Bericht über die personelle Situation in der Abteilung Seniorenamt.
Herr Ternes teilt mit, dass der Abteilungsleiter nach der Wiedereingliederung voraussichtlich zum Jahreswechsel wieder in Vollzeit anwesend sein wird.

7. Frau StRin Grille fragt an, ob zwischenzeitlich die Daten zum Schwimmsport, was die Nutzung durch Vereine, Schulen und Private betrifft, vorliegen.
Frau BMin Aßmus sagt eine Überlassung der Daten zu.
8. Frau StRin Grille regt an, in die Überlegungen zu einem Fahrradverleih auch eine mögliche Kooperation mit der GGFA einzubeziehen.
9. Herr StR Dr. Janik bittet um einen Bericht über den Sachstand der Brücke über die Bahnlinie in Bruck.
Herr berufsm. StR Weber teilt mit, dass derzeit Gespräche mit der DB und dem Bauunternehmen geführt werde. Eine Realisierungschance ist vorhanden. Das Thema der Kosten ist noch nicht abschließend geklärt. Evtl. ergibt sich ein neuer Sachstand in 3 Wochen.
10. Herr StR Ortega-Lleras fragt an, ob aufgrund von Vorkommnissen in letzter Zeit, vor allem die Anwohner über Sperrungen durch Straßenbaumaßnahmen besser informiert werden könnten und auch die Beschilderung verbessert werden könnte (Beispiele: Steudacher Straße, Frauenaauracher Straße).
Herr berufsm. StR Weber dass auf jeder Umleitungstafel die Telefon-Nummer des Baureferates angegeben ist, die bei Umleitungsschwierigkeiten angerufen werden kann. Die Verwaltung ist stets bemüht, den Zeitraum genau abzugrenzen.
11. Herr StR Ortega-Lleras berichtet von Hinweisen von Anwohnern, dass sich an der Einmündung des von Steudach nach Büchenbach führenden Radweges eine Vertiefung befindet, die bei Regen und Eis eine Gefahr für die Radfahrer darstellt. Er fragt an, ob dies verbessert werden könnte.
Herr berufsm. StR Weber sagt eine Behebung durch das Tiefbauamt zu.
12. Frau StRin Rossiter fragt an, ob die Verlängerung des neu geteerten Radweges von der Pappenheimer Straße über die Aurachbrücke hinaus ebenfalls erneuert werden könnte, nachdem sich dieses Teilstück in einem sehr schlechten Zustand befindet.
Herr berufsm. StR Weber antwortet, dass eine Ausbesserung im Rahmen des Bauunterhaltes möglich ist, wenn hierfür Mittel im Budget vorhanden sind.
13. Frau StRin Rossiter bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der Rechtmäßigkeit des Bekleidungs-Discounters im Frauenaauracher Einkaufszentrum.
Herr berufsm. StR Weber teilt mit, dass sich das Gerichtsverfahren in der zweiten Instanz befindet, wobei die Stadt Erlangen in der ersten Instanz Recht erhalten hat.
14. Herr StR Tellkamp schließt sich der Anfrage von Herrn StR Ortega-Lleras bezüglich der besseren Information über Straßenbaumaßnahmen an (Beispiel: Dorfstraße Büchenbach).

Sitzungsende

am 26.09.2013, 21:35 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der / die Schriftführer/in:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne Liste-Fraktion:

Für die FDP-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft ödp/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft:

Für die Erlanger Linke: